

AKTUELL

FINANZPLATZ

Das nicht so andere „Geschäftsmodell“

Richard Graf

Heftig und nervös war die Reaktion der hiesigen Nomenklatura auf die Attacken gegen den „aufgeblähten Finanzplatz“.

Das Kommuniqué, das die Luxemburger Regierung am Mittwoch an die internationale Presse verteilte, war mit heißer Nadel gestrickt. Während, zum Beispiel, der englische Text verlautete, dass Luxemburg einer Bankenunion zugestimmt habe „starting with common supervision“, war in der französischen Fassung diese Aussage durch einen banalen Schreibfehler ins exakte Gegenteil verkehrt: „démarrant pas une supervision commune“. Was darauf hindeutet, dass das Original auf Englisch verfasst wurde und die Übersetzung ins Französische nachfolgte. Dass aus einem „par“ ein „pas“ wird, wäre einem Luxemburger Staatsdiener wohl kaum passiert.

Aber auch der Versuch, zu begründen, weshalb die Kundeneinlagen am Luxemburger Finanzplatz mit dem 5,16-Fachen des Bruttoinlandsproduktes nicht als aufgebläht zu bezeichnen seien (während in Zypern dieser Wert vor der Krise lediglich beim 2,63-Fachen lag!), gelingt den Kommunikations-Spezialisten nicht wirklich. In einer in „Die Welt“ erschienenen Grafik thront Luxemburg ganz oben, noch über Zypern und Malta. Da Luxemburg ein der EU zu Diensten stehender Finanzplatz sei, müsse als die Referenzgröße nicht das BIP Luxemburgs, sondern die Wirtschaftskraft der gesamten Union genommen werden, so das Erklärungsmuster der hiesigen Regierung. Schließlich bestehe der Finanzplatz zum überwiegenden Teil aus internationalen Banken, deren Größe an den jeweiligen Heimatländern zu bemessen sei.

Während unser Außenminister dem deutschen Finanzminister Hegemonialbestrebungen vorwirft (siehe interglobal S. 14), weil dieser das Luxemburger „Geschäftsmodell“ mit dem in Zypern gleichsetzt und seine Existenzberechtigung deshalb in Frage stellt, beansprucht unsere politische Elite den ganzen einheitlichen EU-Markt sozusagen als ihr Hinterland. Aber wenn maßgebliche Euro-Länder wie Deutschland und Frankreich Luxemburg immer häufiger in

Sachen Finanzplatz angreifen, dann stellt sich die Frage, ob dieses „Hinterland“ überhaupt noch an den Wohltaten des Finanzplatzes interessiert ist.

Angesichts der etwas unterkühlten wirtschaftlichen Situation in Europa könnte Deutschland, das ja in den 1960er und 1970er den Ausbau des Luxemburger Finanzplatzes aus eigenem Interesse höchst tatkräftig unterstützt hat, andere Geschäftsmodelle favorisieren, in denen Luxemburg keine Rolle mehr spielt. Die zyprische Pleite mag tatsächlich nur den Vorwand geliefert haben, den Standort Luxemburg anzugraben. Ist der Ruf aber erst einmal ruiniert, laufen in einem auf Vertrauen aufbauenden Gewerbe, wie dem Bankwesen, die Kunden in Scharen davon.

Diktat aus Berlin

Auch wenn das Kommuniqué nicht für das hiesige gemeine Volk bestimmt war, so bleibt es dennoch eine Antwort auf die Frage schuldig, ob es richtig war, den Finanzplatz an den Eigeninteressen der Mitgliedsstaaten vorbei immer weiter in Richtung Ausnutzung von Souveränitätsnischen auszubauen. Steuerflucht oder Steueroptimierung werden wegen der hohen Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten immer weniger akzeptiert werden.

Und auch die Gefahr, die von Bankpleiten ausgeht, wird nicht geringer, wenn es sich bei den betroffenen Instituten um ausländische Filialen handelt. Fortis (jetzt wieder BGL) und Bil waren ja ursprünglich Teile großer europäischer Banken, für deren Luxemburger Zweigstellen der Finanzminister Milliarden bereitstellen musste - das war 2008, als die Schatulle noch voll war.

Spätestens, wenn die Deutsche Bank die Koffer packt, um woanders ein anderes „Geschäftsmodell“ zu verfolgen, wird klar werden, dass der Luxemburger Finanzplatz zwar etwas andere und weniger faule Finanzprodukte als jene in Zypern in seinen Regalen hat, dass seine Machtlosigkeit gegenüber politischen Diktaten aus den etwas größeren europäischen Hauptstädten jedoch kaum geringer ist.

SHORT NEWS

Euro-Verfall: Beki als Fluchtwährung

Um die Abwicklung der Euro-Zone reibungslos zum Erfolg zu führen, haben die Euro-Finanzminister in geheimer Sitzung beschlossen, in allen Mitgliedsstaaten Banknoten in der Altwährung bereit zu halten. Damit soll die Unterbrechung der Geldflüsse verhindert werden. Luxemburg soll der DM-Zone angehören, da die Zukunft Belgiens, und damit die des belgischen Frankens, ungewiss ist. Aus ideologischen Gründen wird Luxemburg niemals offiziell die Deutsche Mark einführen können, deshalb muss eine Ersatzwährung her, deren Kurs an den der DM gebunden wird. Der neue Zentralbankchef Gaston Reinesch ist, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, ein Fan des Beckericher-Beki-Projekts. Er hat vorgeschlagen, die kürzlich eingeführte Regionalwährung zur Nationalwährung zu machen. Da die Börsen am Ostermontag europaweit geschlossen sind und spätestens am Dienstag mit umfangreichen Spekulationen gegen den Euro zu rechnen ist - mit einer voraussichtlichen Abwertung zwischen 25 und 30 Prozent - werden am Montag zwischen 10 und 17 Uhr in allen Banken- und Sparkassenfilialen einmalig 10.000 Euro (ein Zehntel der gesicherten Einlagen) pro Einwohner 1:1 gegen Beki-Scheine getauscht. Dank des festgesetzten Kurses des Beki (und der DM) sind diese 10.000 Beki pro EinwohnerIn vor Entwertung sicher. Später können Beki aber nur zum dann geltenden Realkurs des Euro eingetauscht werden. Bis zum Jahresende, so wird geschätzt, soll ein Beki dann bis zu zwei Euro wert sein.

Mehr Zeit für neue Flächennutzungspläne

„Statt künstlichem Zeitdruck seitens der Regierung bei der Erstellung der Flächennutzungspläne (PAG): sektorielle Pläne berücksichtigen und Beteiligungsprozess der BürgerInnen ermöglichen!“, heißt es in einem Communiqué des Mouvement Ecologique. Schon seit längerem fordert die Umweltorganisation mehr Demokratie bei der Erstellung der PAG: BürgerInnen sollen stärker in die Ausarbeitung der zukunftsgestaltenden Entwicklungspläne einbezogen werden. Ein solcher Beteiligungsprozess im Sinne einer Verbesserung der Lebensqualität erfordert natürlich Zeit. Ganz im Widerspruch zu dieser Forderung muss jedoch, laut Gesetz, jede Gemeinde ihre PAG bis August 2013 fertiggestellt haben. „Hier wird erheblicher Zeitdruck auf die Gemeinden ausgeübt, wobei der Staat selbst seine Hausaufgaben in diesem Bereich noch nicht gemacht hat!“, moniert der Mouvement. Denn die Gemeinden müssen in ihren PAG auch noch die vier „sektoriellen Pläne“ - Vorgaben zur Siedlungsentwicklung, zu Aktivitätszonen, zum Naturschutz und zur Mobilität - umsetzen. Diese Vorgaben sind im Detail jedoch noch immer nicht bekannt. „Skurriler geht es nicht ... Gemeinden sollen staatliche Auflagen berücksichtigen ... die noch nicht vorliegen ...!“, so der Mouvement. Deshalb fordert er vom Innenministerium, den Gemeinden eine Verlängerungsfrist von maximal zwei Jahren einzuräumen - eine Möglichkeit, die das geltende PAG-Gesetz explizit vorsieht. Und er fordert, die Bürgerbeteiligung bei der Erstellung der PAG gesetzlich zu verankern.

RGTR-Busse sauber aber wenig pünktlich

Luxemburg leistet sich ein aufwendiges öffentliches Busnetz, an dem auch 34 private Busgesellschaften mit 850 Bussen und einem Personalbestand von rund 2.300 Beschäftigten beteiligt sind. Ein Abkommen, das noch bis 2018 gilt, regelt die Vergütung für diese Dienstleistung. Im Rahmen einer Untersuchung bewertete TNS-Ilres im letzten Jahr über 15.159 Busse beim Passieren bestimmter Haltestellen und befragte 2.138 RGTR-NutzerInnen. Während den Betrieben für die direkt von ihnen verantworteten Eigenschaften wie Sauberkeit durchweg gute Zensuren ausgestellt wurden, zeigte das Gesamtsystem immer noch einen Mangel an der - nach der Sicherheit - wichtigsten Qualität eines Verkehrssystems, der Pünktlichkeit: Nur 39% der Busse erschienen an den kontrollierten Haltestellen auf die Minute genau. 38% Prozent wiesen eine Verspätung von bis zu 6 Minuten auf, 13% Prozent von mehr als 6 Minuten, und 9% verließen die Haltestelle zu früh - was für die NutzerInnen unter Umständen nicht weniger ärgerlich ist.